

Auszug aus dem WBGU-Sondergutachten „Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation“ (2016, S. 41)

Hauptbotschaften

Nach der Vereinbarung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und der globalen Klimaziele (Übereinkommen von Paris) im Jahr 2015 muss es jetzt um die Umsetzung gehen. Die notwendigen Veränderungen sind durch „vier große I“ gekennzeichnet: Die Große Transformation zur Nachhaltigkeit erfordert sowie inspiriert *Innovationen* und lenkt *Investitionen* in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz, u. a. in die auszubauenden nachhaltigen *Infrastrukturen*. Gleichzeitig kann die Transformation genutzt werden, um Ungleichheit zu bekämpfen, also die *Inklusion* innerhalb der Gesellschaften wie auch global voranzubringen, und so zum Gerechtigkeitsprojekt werden. Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) sollte bei der Transformation eine Führungsrolle übernehmen.

G20 für den Klimaschutz

- Die Bundesregierung sollte im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft anstreben, dass die G20 als Dekarbonisierungsziel vereinbart, ihre CO₂-Emissionen bis 2050 auf Null abzusenken. Die G20-Staaten sollten mit ambitionierten Reduktionszielen voranschreiten und Dekarbonisierungsstrategien entwickeln. Kernelemente sind der rapide Ausbau erneuerbarer Energien, eine effektive Begrenzung des Energieverbrauchs, ein schneller Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger sowie Schutz und Wiederherstellung naturnaher Ökosysteme.
- Die G20 sollte sich kritisch zu Geoengineering positionieren. Maßnahmen, die auf die Manipulation des globalen Strahlungshaushalts abzielen, sollten nicht verfolgt werden. Auch auf die großskalige Änderung des Kohlenstoffkreislaufs sollte verzichtet werden. Ausnahmen betreffen die Kombination von Bioenergie mit Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (BECCS) im kleinen Maßstab sowie die chemische Bindung von CO₂ aus der Luft, die weiter erforscht werden sollten.

Finanzierung einer nachhaltigen Zukunft

- Zur Umsetzung der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele sollten die G20-Staaten transformative Staatsfonds (Zukunftsfonds) einrichten. Diese sollten sich aus zwei Quellen speisen: (1) durch die Bepreisung von CO₂-Emissionen; diese sollte bis zum Jahr 2020 30 US-\$ pro t erreichen und sich in jeder folgenden Dekade verdoppeln; (2) durch eine progressive Nachlasssteuer als Generationenkomponente; deren

Einnahmenziel sollte 10–20% des nationalen Erbschafts- und Schenkungsvolumens betragen.

- Die Zukunftsfonds sollten ihre Anlagestrategien an langfristigen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele ausrichten und in entsprechende Schlüsselindustrien investieren. Die Dividenden sollten zur nationalen sozial- und strukturpolitischen Flankierung der Transformation verwendet werden. Ein Teil der Einnahmen aus CO₂-Steuer und Emissionshandel sollte direkt projektbasiert investiert, für die Mobilisierung privater Investitionen verwendet sowie für die internationale Klimakooperation genutzt werden.

Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik als globales Modernisierungsprojekt

- Die G20 sollte ein erweitertes Innovationsverständnis für Stabilität und Zukunftsfähigkeit propagieren, das mit den SDGs und dem Übereinkommen von Paris im Einklang steht. Es sollte zudem auf die soziale und ökologische Einbettung von Märkten ausgerichtet sein und anerkennen, dass auch soziale und institutionelle Innovationen erforderlich sind.

Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik als globales Gerechtigkeitsprojekt

- Die G20-Staaten sollten nachhaltige Stadtentwicklung sowie Ernährungsgerechtigkeit und nachhaltige Ernährungsmuster stärken, um so beispielhaft nicht nur Klimaschutz, sondern auch inklusives Wachstum voranzubringen.

Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik als globales Friedensprojekt

- Die G20-Staaten sollten Inklusion auf globaler Ebene fördern, indem sie z. B. lokale, durch Klimawandel mitbedingte Konflikt- und Fluchtursachen bekämpfen sowie Siedlungsprogramme stärken. Die G20 sollte Lösungen für das Thema der klimawandelmitbedingten Migration anstoßen.

Nationalismus und autoritäre Bewegungen zurückdrängen

- Eine so gestaltete nationale wie internationale Nachhaltigkeits- und Klimaschutzpolitik wäre ein geeignetes Projekt der G20, um nationalistisch-autoritäre Bewegungen und deren Absagen an internationale Kooperation einzuhegen.